



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß er nicht gerne abermals eine „Solidarität“ übernehmen wolle, die im vorvergangenen Winter so wenig Stich gehalten, während der König Herrn von Luz unter keiner Bedingung missen möchte. *Relata refero.*

Das Gerücht, welches wir wiedergeben, ist allerdings unter officiösem Zeichen dementirt worden; allein wir haben zu öfteren Malen den Fall erlebt, daß solche Dementi's der Verwirklichung keinen Abbruch thun. Im übrigen sind die positiven Thatsachen, welche die Gegenwart uns vorlegt, so reichhaltig, daß wir die Zukunft ohne Ungeduld erwarten können. e.

Vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 18. April 1871.

In meinem letzten Briefe suchte ich den Grund zum Verständniß zu bringen, welcher die Ultramontanen dazu treibt, die Selbständigkeit der päpstlichen Kirche im deutschen Reiche dringender zu fordern, als in irgend einem Staate der Welt. Dieser Grund war aber, um noch einmal daran zu erinnern, kein anderer als der, daß in keinem Lande so wie in Deutschland der Staat von einer Nationalbildung getragen wird, die in ihrem Wesen dem kirchlichen Romanismus entgegengesetzt ist. Auf diesem deutschen Boden hat der Ultramontanismus das zweifache Interesse: erstens, jeden Einfluß des Staates auf die Organe des Kirchenthums abzuwehren, weil mit diesem Staatseinfluß eine den Romanismus aufhebende Bildung in die katholische Kirche eindringen könnte; zweitens aber, den deutschen Staat überhaupt nicht erstarken zu lassen, weil er, einmal erstarkt, dem Romanismus am schwersten zu unterwerfen ist. Zu dem Zweck, die Erstarkung des deutschen Staates zu verhindern, bedarf der Ultramontanismus der ungehemmtesten Bewegung seiner Kirche auf dem Boden der Gesellschaft.

So klar dieses Verhältniß ist, so könnte man doch zu der Frage versucht sein, weshalb die Ultramontanen gleich die ersten Tage der ersten Reichstagsession benutzt haben, ihre Anliegen ans Tageslicht zu bringen. Konnten sie nicht klüglich abwarten, ob etwa die Fortschrittspartei in ihrem unbelehrbaren Dogmatismus einen Antrag auf Herübernahme der Grundrechte in die Reichsverfassung stellen würde? In der Doctrin der Grundrechte spielt einmal die sogenannte Freiheit des religiösen Bekenntnisses ihre unvermeidliche Rolle. Mit herkömmlichem Unverstand wird diese Freiheit ausgelegt als die Souveränität der kirchlichen Organismen, unter denen der päpstliche die universellste

und dauerhafteste sociale Organisation darstellt, welche die Geschichte aufzuweisen hat.

Wenn die Ultramontanen in der Adreßverhandlung ihre Zwecke mit einer befremdenden Hast bloß legten, wenn sie bei dem Grundrechtsantrag sich äußerst geringe Mühe gaben, ihre lediglich römisch-klerikalen Bedürfnisse durch das Aushängeschild allgemeiner Volksrechte zu decken, so hat man hinter einem solchen Auftreten doch wohl mehr zu suchen, als das persönliche Ungeschick der parlamentarischen Führer. Es ist kaum denkbar, daß die klerikalen Führer im Reichstag nach eigenem Gutdünken sollten vorgegangen sein. Es ist ebenso unwahrscheinlich, daß diese Führer, wenn sie lediglich ihrem eigenen Gutdünken zu folgen gehabt hätten, das unter dem bloß parlamentarischen Gesichtspunkt Unzweckmäßige ihres Spieles nicht sollten begriffen haben. Die Erklärung wird also in anderen Gesichtspunkten zu suchen sein. Sie liegt vielleicht in Folgendem.

Dem Ultramontanismus, oder sagen wir dem römischen Hof d. h. den jetzigen Leitern der kirchlichen Politik an demselben, mußte daran liegen, schnell ins Klare zu kommen über das Verhältniß des deutschen Reiches zum Papstthum.

In Preußen war die päpstliche Kirche bekanntlich mit besonderem Entgegenkommen behandelt worden. Die ultramontane Forderung konnte sich daher in die Formel kleiden, man wolle nur die Selbständigkeit, deren die römische Kirche sich in Preußen erfreue, auf das Reich ausgedehnt wissen. Daß der päpstliche Hof mehrere Schritte bei dem deutschen Kaiser gethan, die auf den Schutz der weltlichen Souveränität des Papstes hinausliefen, ist erinnerlich. Noch weniger darf vergessen werden, wie oft sich die ultramontane Presse das Ansehen gegeben, als sei sie des besten Verhältnisses zu dem neuen deutschen Kaiserthum sicher, als werde der deutsche Kaiser nichts Eiligeres zu thun haben, als, in die tausendjährigen Fußtapfen der römisch-deutschen Kaiser tretend, das Papstthum in seinem ebenso tausendjährigen Conflict mit der italienischen Nation und dem italienischen Staat zu schützen. Vielfach, das liegt klar genug am Tage, sind solche Behauptungen nur zu dem Zweck ausgestreut worden, um anderen Staaten, sei es Oesterreich, sei es Frankreich, die Beschützerrolle des Papstthums desto näher zu legen. Es sollte damit geschreckt werden, daß die päpstliche Kirche sogar mit einem protestantischen Kaiser gegen katholische Regierungen sich verbinden könne, wenn diese letzteren sich der Kirche gegenüber feindlich oder lässig zu erweisen fortfahren werden. Es sollte den katholischen Regierungen damit zu Gemüth geführt werden, daß die Vernachlässigung des Papstthums ihnen einen Bundesgenossen entziehen könne, der in der Lage sei, ihnen selbst bei auswärtigen Conflicten gefährlich zu werden.

Aber wenn solche Behauptungen in erster Linie auch nur Schreckmittel waren, so haben die Lenker der ultramontanen Politik wahrscheinlich gern die Vorstellung gepflegt, es könne zu einem ernstern Bündniß kommen zwischen ihnen und dem neuen Kaiserthum. Der Grundgedanke, welcher ein solches Bündniß als möglich erscheinen ließ, wird die ultramontane Voraussetzung gewesen sein, daß man in der Lage sei, dem neuen Kaiserthum auf dem Felde der auswärtigen Politik Vortheile zu verschaffen, oder doch vorzuspiegeln. Man dachte sich die Politik dieses Kaiserthums als eine solche, die jeden Bundesgenossen nimmt, den sie findet, unbeschadet seiner Gefährlichkeit, wenn er nur augenblickliche Stützen zu gewähren vermag.

Der Gewinn des Bündnisses wäre im höchsten Grade auf Seiten der Ultramontanen gewesen. Durch die sogenannte Selbständigkeit der Kirche hätte man die Kraft erlangt, den deutschen Staat in seinem Grundgefüge anzufressen. Für die Weltstellung des Ultramontanismus wäre die Bundesgenossenschaft des neuen Kaiserthums von der gewaltigsten Wirkung gewesen, indem sie die großen katholischen Regierungen genöthigt hätte, mit dem deutschen Kaiserthum in der Begünstigung Roms zu rivalisiren. Um diesen Preis hätte Rom sich gern wieder einmal die Paradoxie erlaubt, Arm in Arm mit einer keiserlichen Macht zu erscheinen.

Die Rechnung hatte nur den einen Fehler, daß sie die Politik des deutschen Kanzlers für zu realistisch hielt. Realistisch nennt man heute auf allen Gebieten die Denkweise, welcher die plumpe Handgreiflichkeit Alles ist. Dem herrschenden Sinn gilt diese Denkweise allerdings für die wahre Weisheit, und das sie bezeichnende Beiwort enthält demnach ein hohes Lob. Der deutsche Reichskanzler aber ist kein solcher Realist. Er schätzt die Bundesgenossen, die er annimmt, nicht in jedem Fall nach dem, was sie heute bieten, sondern auch nach dem, was sie morgen fordern werden, und noch mehr vielleicht nach dem, was sie schon heute verlangen. Dem realistischen Sinn gelten Bundesgenossen, welche die Ueberlegenheit verbürgen, für das vortrefflichste Mittel. Der deutsche Kanzler meint, daß die wahre Politik die ist, die sich auf ihre eigne Kraft verläßt.

Der ultramontane Antrag auf Intervention zu Gunsten der weltlichen Papstherrschaft und die ultramontane Bitte um die Souveränität der päpstlichen Kirche auf dem Boden des deutschen Staats sind, so weit sie im Reichstag vorgebracht wurden, von diesem zurückgewiesen, ohne Dazwischenkunft der Reichsregierung. Die ultramontane Politik weiß demnach, woran sie mit der Reichsregierung ist, und das gerade wollte sie wissen. Bei einem starken Entgegenkommen von Seiten der Reichsregierung hätte der Ultramontanismus die Gefahr nicht gescheut, alten Freunden in Wien den Rath zu geben, sich mit dem Reiche einstweilen gut zu stellen. Der Ultramontanismus würde

darauf verzichtet haben, den Nationalhaß in Frankreich gegen Deutschland ferner aufzustacheln. Wer weiß, ob der französische Klerus nicht Auftrag erhalten hätte, die Freundschaft mit dem kaiserlichen Deutschland dem französischen Volke zu empfehlen, versteht sich mit dem Zusatz, daß dieses Deutschland wie der Freund der wahren Kirche, so auch der Freund des wahren d. h. des bourbonischen Königthums sei.

Die ultramontane Politik war in der Lage, die deutschfeindlichen Elemente in Italien, Frankreich, Oesterreich und auf dem deutschen Boden selbst entweder sogleich im Zaum zu halten, oder kräftiger als je anzutreiben. Sie mußte schnell wissen, was zu thun sei. Denn bei fortgesetzten Angriffen auf das deutsche Reich durfte sie nicht hoffen, die Leiter desselben für sich zu gewinnen. Aber ohne zu wissen, daß dieses Reich zu einem lebensgefährlichen Bund mit ihr bereit sei, durfte diese Politik ihre alten deutschfeindlichen Werkzeuge auch nicht säumig werden lassen. Denn als unabhängige Macht befestigt, bleibt dieses Reich für den Ultramontanismus die größte Gefahr. So war eine schnelle und entscheidende Recognoscirung geboten. Auf diplomatischem Wege konnte sie nicht mit Erfolg unternommen werden. So ist sie auf den Boden des Reichstags verlegt worden und hat zu einem Ergebnis geführt, das wenigstens an Deutlichkeit nichts zu wünschen läßt, wenn die Veranstalter der Recognoscirung es auch gern von anderer Beschaffenheit gesehen hätten.

G—r.

Nus Schwaben.

Unser letzter Bericht über die katholische Kirchenfrage bedarf einer Ergänzung mit Rücksicht auf die seit Döllingers Vorgehen eingetretene Sachlage. Bischof Hefele hat nämlich der Entziehung der Quinquennalfacultäten unerachtet das Concilsdecret bis jetzt nicht publicirt, scheint aber auch das ihm in neuester Zeit von München aus unter der Hand gemachte Ansinnen, als einziger bis jetzt noch renitenter deutscher Bischof sich an die Spitze eines Schisma's zu stellen und so zur Gründung einer deutschen Nationalkirche mitzuwirken, mit Rücksicht auf die Hoffnungslosigkeit eines solchen Unternehmens entschieden abzulehnen. Er zieht wie wir hören vor, der Alternative zwischen Unterwerfung oder Schisma durch freiwillige Entsagung auf den Bischofsstuhl auszuweichen, und möchte sich wieder auf eine — aus sehr erklärlichen